



10.10.2014

Mitglieder des Kreistags  
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung  
des Kreistags  
vom 09.10.2014

- Öffentlich -

**1. Einbringung Haushalt 2015**

Der Entwurf des Haushaltsplans 2015 und der Entwurf des Wirtschaftsplans für den Abfallwirtschaftsbetrieb 2015 liegen den Mitgliedern des Kreistags als Tischvorlage vor.

Der Kreistag nimmt die Einbringung des Haushaltsplans sowie die Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf 2015 durch den Vorsitzenden und Kreiskämmerin Dostal zur Kenntnis.

Die Einbringungsrede sowie die Erläuterungen und eine Präsentation lagen den Mitgliedern des Kreistags zur Mitnahme vor.

Das Angebot des Vorsitzenden und der Kreiskämmerin für Fragen zum Haushalt zur Verfügung zu stehen, wird zur Kenntnis genommen.

**2. Nachnutzung Gebäude der Kreiskliniken am Standort Plochingen**

Der Kreistag fasst bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgende Beschlüsse:

- 2.1 Der Konzeption „Gesundheitscampus“ im Klinikgebäude in Plochingen wird zugestimmt.
- 2.2 Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Kreiskliniken Esslingen gGmbH einen Mietvertrag bis zu einem Höchstbetrag von 203.000 EUR (Kaltmiete) abzuschließen.

**3. Ersatzunterbringung für die Sozialpsychiatrischen Dienste/  
Landwirtschaftsamt in Nürtingen**

Der Kreistag fasst bei 1 Gegenstimme folgende Beschlüsse:

- 3.1. Entsprechend dem Angebot der Projektvillen Oelkrug-Areal GmbH vom 28.08.2014 wird dem Kauf des Gewerbeobjektes Ecke Mühlstraße / Sigmaringer Straße in Nürtingen für einen Gesamtpreis von 5.060.000 EUR zzgl. rd. 460.000 EUR Erwerbsnebenkosten (insgesamt 5.520.000 EUR) zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Kauf- und Bauträgervertrag abzuschließen.
- 3.2. Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 1.725.000 EUR im Finanzhaushalt 2014 wird gem. § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) zugestimmt.
- 3.3. Der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.795.000 EUR im Finanzhaushalt 2014 wird gem. § 86 Abs. 5 GemO zugestimmt.

**4. Abfallwirtschaftskonzept - Fortschreibung 2014-2019**

Der Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts entsprechend Anlage 1 der Vorlage 62/2014 mit der vom Betriebsausschuss am 05.06.2014 beschlossenen Ergänzung in der Einleitung (vergleiche Anlage zur Vorlage 62a/2014) wird beschlossen.

**5. Wiedereinführung des auslaufenden Unterscheidungskennzeichens "NT" auf Kfz-Kennzeichen im Landkreis Esslingen**

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Möglichkeit, das Altkennzeichen NT wieder einführen zu können und stimmt daraufhin mehrheitlich bei vielen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen für die Wiedereinführung des Altkennzeichens „NT“.

**6. Verschiedenes**

**6.1 Ausschreibung der Vertragsfahrten für die Schülerbeförderung**

Kreisrätin Merkle erkundigt sich, ob die Probleme aufgrund der Ausschreibung der Vertragsfahrten für die Schülerbeförderung an der Rohräckerschule zwischenzeitlich ausgeräumt werden konnten.

Der Vorsitzend informiert, dass die Schülerbeförderungsleistungen aufgrund der Auftragsvolumina von rd. 5 Mio. € pro Jahr aus rechtlichen Gründen in regelmäßigen Abständen ausgeschrieben und im

Wettbewerb vergeben werden müssen. Der Kultur- und Schulausschuss habe sich am 14. Nov. 2014 mit diesem Thema ausführlich befasst und ein Pflichtenheft als Grundlage der Ausschreibung beschlossen. Darin seien unter anderem auch die Anforderungen an die Unternehmen, die künftig die Schülerbeförderungsleistungen erbringen sollen, sowie die Wertungskriterien definiert. Somit bestanden für jeden Bieter im Ausgangspunkt die gleichen Zuschlagschancen. Die Ortsansässigkeit der Unternehmen dürfe in einem Vergabeverfahren nicht berücksichtigt werden. Aus denselben vergaberechtlichen Gründen dürfen auch solche Unternehmen, die langjährig für den Landkreis tätig sind, nicht bevorzugt behandelt werden.

Bei der Vergabe der Beförderungsaufträge lege die Verwaltung größten Wert auf eine qualitativ hochwertige Leistung. Dabei stehen das Wohl und die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund und habe oberste Priorität. Für die ausgeschriebenen Leistungen haben 14 Unternehmen ein Angebot abgegeben. Drei Bieter haben Vergabenachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer Baden-Württemberg eingeleitet. Diese Nachprüfverfahren wurden für den Landkreis alle samt positiv entschieden. Auch die daraufhin von zwei Unternehmen angestregten Beschwerdeverfahren vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe waren für den Landkreis positiv. Aufgrund der durch die Nachprüfungsverfahren und die beschwerdenbedingten Verzögerungen musste in einem separaten Verfahren eine Interimsvergabe für das Schuljahr 2014/2015 erfolgen. Auch hier haben zwei Bieter erneut Vergabenachprüfverfahren vor der Vergabekammer eingeleitet, die ebenfalls erfolglos geblieben seien. Letztendlich konnten die Aufträge für die intermediäre Erbringung der Schülerbeförderungsleistungen für das Schuljahr 2014/2015 erst Mitte August vergeben werden.

Bedingt durch die kurzfristige Auftragsvergabe hatten die Unternehmen nur wenige Wochen Rüstzeit. Dies führte insbesondere in einem Fall zu diversen Anlaufschwierigkeiten. Die Verwaltung arbeite intensiv daran, die vorhandenen Mängel abzustellen. Diesbezüglich stehe man im täglichen Kontakt mit dem entsprechenden Beförderungsunternehmen und fordere vehement die vertraglich geschuldete Leistung ein. Darüber hinaus habe bereits in der ersten Schulwoche ein Gespräch mit den Schulleitungen, Vertretern des Landratsamts und den Verantwortlichen des Unternehmens stattgefunden. Nach dem die Beförderungsleistungen noch nicht immer ordnungsgemäß erbracht werden, sei zwischenzeitlich eine Abmahnung ausgesprochen worden.

Im Hauptverfahren befinde man sich noch in der Wertungsphase der Angebote. Es sei geplant den Zuschlag in den jeweiligen Losen spätestens Ende Oktober zu erteilen.

Die Öffentlichkeit nimmt dies zur Kenntnis.

## **6.2 TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)**

Kreisrat Riedel erkundigt sich, wie mit dem Antrag seiner Fraktion umgegangen werden, wonach sich der Kreistag mit dieser Thematik befassen solle, nach dem es bereits ein gemeinsames Papier der kommunalen Spitzenverbände hierzu gebe.

Der Vorsitzende erwidert, dass diese Thematik zu gegebener Zeit in den Gremien behandelt werde, derzeit jedoch keine Eilbedürftigkeit gesehen werde.

Die Öffentlichkeit nimmt dies zur Kenntnis.

gez.  
Heinz Eininger  
Landrat